

**Rede von Paul Nemeth zum Antrag der SPD:
Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des
Wirtschaftsministeriums – Nah- und Fernwärme ausbauen,
Fernwärmenetze optimieren – Drucksache 14/3064**

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Nemeth für die Fraktion der CDU.

Abg. Paul Nemeth CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Knapp, wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie dafür, dass wir die Kernkraftwerke

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Abschalten!)

länger am Netz lassen, wenn wir Kraft-Wärme-Kopplung machen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Umgekehrt wird ein Schuh daraus!)

Das ist ja interessant, was Sie jetzt gesagt haben.

(Zuruf von der SPD: Falsch verstanden!)

Dann ist die Welt ja in Ordnung.
Ich habe gewusst, dass Sie sich nach der Bundestagswahl bewegen werden. Nur ist es jetzt leider so: Wir brauchen Sie dafür gar nicht mehr, weil Sie in Berlin jetzt in der Opposition sind.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Thomas Knapp SPD: Abwarten, Herr Kollege Nemeth, abwarten!)

Wir reden jetzt über Ihren Antrag. Der Bund hat – übrigens mit Ihrer Mithilfe – mit dem KWK-Gesetz die Voraussetzungen für die Kraft-Wärme-Kopplung geschaffen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Gute Leute gewesen!)

Es werden heute bis zu 20 % der Investitionen gefördert. Der Bund gibt dafür im Jahr 750 Millionen € aus. Wir in Baden-Württemberg gehen, wie ich finde, mit gutem Beispiel voran. Ich kann hier einige Beispiele direkt aus meinem Wahlkreis nennen. Wir haben mit dem Anschluss des Restmüllheizkraftwerks an das Fernwärmenetz allein 11 Millionen Liter Heizöl im Jahr gespart und über dieses Projekt eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 22 400 t pro Jahr erzielt. Im Augenblick

sind wir im Kreis Böblingen dabei, zusätzliche öffentliche Kunden an das Fernwärmenetz anzuschließen. Ich nenne die Polizei Böblingen, die Kaserne der Bereitschaftspolizei – eine Einrichtung des Landes Baden-Württemberg –, das Thermalbad, das Freibad, das Krankenhaus und möglicherweise auch die amerikanische Kaserne, wo noch heute überall in erster Linie mit Öl geheizt wird, zum Teil auch mit Gas. Wenn uns das gemeinsam mit den Stadtwerken Böblingen und Sindelfingen gelingt, werden wir dadurch noch einmal 20 000 t CO₂ im Jahr einsparen. Sie sehen also, dass hier einiges geschieht. Im gleichen Bereich, in Sindelfingen, haben wir ein sehr gutes KWK-Projekt, bei dem ein Industriebetrieb im Grunde mit einer Wärmeauskopplung ein neues Wohngebiet mit ungefähr 150 Wohnungen versorgt. Dieses Projekt ist – auch mit Unterstützung der Landesregierung – in diesem Jahr gestartet. Dort wird also aus Produktionswärme Nutzwärme für die Haushaltungen, für diese 150 Wohnungen und Häuser, gewonnen, und damit wird die Energieeffizienz dieses Betriebs von 35 % auf 70 % verdoppelt. Allein mit dieser kleinen Maßnahme wird eine jährliche Einsparung von 1 000 t CO₂ erreicht. Alle diese Projekte rechnen sich auch ohne staatliche Regulierung. Natürlich werden die Fördermittel mitgenommen, aber im Grunde rechnen sie sich sogar selbst. Deswegen ist, glaube ich, auf dem Markt wirklich einiges im Gange. Eines fehlt mir in Ihrem Antrag. Sie haben recht: Das ist eine sehr gute Stellungnahme. Aber die Fragen sind aus meiner Sicht zum Teil unvollständig. Denn es fehlt natürlich ein Bereich.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Jetzt werden die Fragen kritisiert! – Heiterkeit bei der SPD)

– So ist es! Daran müssen Sie sich gewöhnen, Herr Schmiedel. Ihre Fragen in dem Antrag sind unvollständig. Das muss man ganz klar sagen.

(Abg. Johannes Stober SPD: Hätten Sie doch einen eigenen Antrag eingebracht! Dann hätten wir über sie zusammen diskutiert!)

Sie haben gar nicht alle Möglichkeiten und die ganze Größe erkannt. Denn die lokalen Energieversorger, die Stadtwerke, spielen hier eine ganz entscheidende Rolle. Sie müssen gefördert werden, um eben genau diese kleingliedrigen Lösungen zu implementieren.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wissen wir! Wir mussten nicht abfragen, dass das so ist!)

Deshalb unterstützt die CDU-Landtagsfraktion jede lokale Initiative für den Ausbau der Fern- und Nahwärmeversorgung in Baden-Württemberg.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Die Gemeinden und Städte werden auch von dieser Stelle aus aufgefordert, gerade bei Neubaugebieten eine Fern- und Nahwärmeversorgung ernsthaft in Erwägung zu ziehen.

(Abg. Thomas Knapp SPD: Dann haben Sie den Antrag nicht richtig gelesen!)

Dabei ist, glaube ich, der Anschluss- und Benutzungszwang vorzusehen.

Es ist im Interesse der Menschen, die Energieversorgung zentral zu regeln. Ganz wichtig dabei ist – das ist meine letzte Bemerkung –: Das Wärmegesetz Baden-Württemberg ist hier ein sehr hilfreiches Instrument. Mit einer KWK-Lösung für Neubaugebiete – seien es Wärmepumpen, Blockheizkraftwerke, Stirlingmotoren oder beispielsweise Biomasse – ist die Deckung des Wärmebedarfs durch erneuerbare Energien im Umfang von 20 % bei Neubauten und 10 % bei der Sanierung von Heizungsanlagen überhaupt kein Problem. Deswegen ist es umso bedauerlicher, dass die SPD-Landtagsfraktion diesem innovativen Gesetz nicht zugestimmt hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)